

ARMENIEN-RESOLUTION

## Ja, Völkermord

Die Armenien-Resolution kommt der Regierung ungelegen. Wie Bundespräsident Gauck und Grünen-Chef Özdemir den Bundestag dazu brachten, den Genozid als solchen zu benennen.

VON Joachim Riecker | 01. Juni 2016 - 14:00 Uhr

© Ozan Kose/AFP/Getty Images

Auch in Istanbul wird der getöteten Armenier gedacht.

Es kommt nicht häufig vor, dass Frank-Walter Steinmeier in einer wichtigen außenpolitischen Frage klein begeben muss. Lange hat er versucht, die geplante Resolution des Bundestages zu verhindern, in der die Verbrechen des Osmanischen Reiches an den Armeniern in den Jahren 1915/16 als Völkermord bezeichnet werden. Für unklug halte er es, den "höchst sensiblen" Annäherungsprozess von Türken und Armeniern durch einen Beschluss des Bundestages zu gefährden, sagte Steinmeier noch Mitte Mai in einem Interview. "Und ich befürchte", fügte er hinzu, "allein mit der Entscheidung für den Genozidbegriff ist es nicht getan."

Doch Steinmeier konnte sich nicht durchsetzen. Am morgigen Donnerstag wollen CDU/CSU, SPD und Grüne gemeinsam eine Resolution beschließen, in der bereits in der Überschrift das umstrittene Wort auftaucht: "Erinnerung und Gedenken an den Völkermord an den Armeniern und anderen christlichen Minderheiten in den Jahren 1915 und 1916".

Auch für Kanzlerin Angela Merkel kommt der Beschluss höchst ungelegen. Denn das für sie so wichtige Flüchtlingsabkommen mit der Türkei ist weiterhin in Gefahr. Niemand kann voraussagen, wie der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan auf den Beschluss reagieren wird. Am vergangenen Wochenende haben schon türkische Verbände in Berlin gegen die Resolution demonstriert. In einem Telefonat mit Merkel warnte Erdoğan am Dienstag bereits vor einer Verschlechterung der Beziehungen, falls die Resolution verabschiedet werde. Und auch der neue türkische Ministerpräsident Binali Yıldırım protestierte im Gespräch mit Merkel gegen die "haltlosen und ungerechten Urteile" in der Entschließung.

An dem Willen der Abgeordneten wird das aber nichts ändern. Die Resolution geht vor allem auf zwei Männer zurück: Bundespräsident Joachim Gauck und Grünen-Chef Cem Özdemir. Es war Gauck, der vor gut einem Jahr die Dynamik in Gang setzte. Am 23. April 2015, zum 100. Jahrestag des Beginns der Deportation und der Verbrechen an der christlichen Minderheit im damaligen Osmanischen Reich, dem Vorgänger der heutigen Türkei, sprach er im Berliner Dom bei einem ökumenischen Gottesdienst "anlässlich der Erinnerung an den Völkermord an Armeniern, Aramäern, Assyrern und Pontosgriechen". Das umstrittene V-Wort stand also schon in der Einladung. Mehrfach benutzte er in seiner

Rede Formulierungen, die in der Türkei für inakzeptabel gehalten werden und jedes Mal wütende Proteste auslösen. So sagte Gauck, dass sich im Osmanischen Reich "eine genozidale Dynamik" entwickelt habe, der das armenische Volk zum Opfer gefallen sei.

### **Deutsche Mitverantwortung für den Völkermord**

Zudem ging er auf die Mitverantwortung Deutschlands ein, die in der geplanten Resolution des Bundestags ebenfalls zentralen Stellenwert hat. Denn das Deutsche Reich als enger Verbündeter der Türken im Ersten Weltkrieg hatte früh Kenntnis von der Vertreibung und Ermordung der Armenier, unternahm aber nichts, um die Führung des Osmanischen Reiches zu stoppen.

Auch die Deutschen, so der Bundespräsident, müssten sich "noch der Aufarbeitung stellen, wenn es nämlich um eine Mitverantwortung, unter Umständen sogar Mitschuld, am Völkermord an den Armeniern geht". Es gehe darum, "die planvolle Vernichtung eines Volkes in ihrer ganzen schrecklichen Wirklichkeit zu erkennen, zu beklagen und zu betrauern".

Viele andere Länder wie Frankreich, Italien, die Schweiz, Kanada und die Niederlande haben die Deportationen und Massaker, denen mehr als eine Millionen Menschen zum Opfer fielen, längst als Genozid anerkannt, ebenso wie das Europaparlament und der Papst. Doch im Gegensatz zu Deutschland waren sie nie selbst für einen Völkermord verantwortlich, und sie tragen auch keine Mitverantwortung für die Verbrechen von 1915/16. Zudem gibt es kein anderes Land, in dem außerhalb der Türkei so viele türkischstämmige Menschen leben wie in Deutschland. Aus all diesen Gründen tat sich die deutsche Politik mit diesem Thema so lange so schwer. Dazu kommen die ohnehin schwierigen Beziehungen zu Ankara.

Am Ende half eine List von Cem Özdemir. Auf seine Initiative hin nahmen die Grünen die Formulierungen von Gauck in einen eigenen Antrag auf und bemühten sich im Bundestag um eine Mehrheit dafür. Es gab darüber Gespräche mit Union und SPD. Doch als sich die Flüchtlingskrise im vergangenen Herbst immer weiter zuspitzte und der Kanzlerin ein Abkommen mit der Türkei als einzig akzeptable Lösung erschien, verabschiedeten sich die Koalitionsfraktionen auf Druck von Merkel und Steinmeier von einer gemeinsamen Resolution. Die laufenden Verhandlungen mit Ankara sollten auf keinen Fall gefährdet werden.

Ende Februar stellten die Grünen ihren Armenien-Antrag schließlich allein zur Abstimmung. Was der Bundestag debattiere und beschließe, könne und dürfe nicht von Erdo#an, sondern "einzig und allein hier in Deutschland entschieden werden", verlangte Özdemir in der Debatte. Der Grünen-Chef ist selbst ein Nachkomme der tscherkessischen Minderheit in der Türkei, die während des Ersten Weltkriegs im Osmanischen Reich ebenfalls verfolgt wurde.

Doch Union und SPD blieben bei ihrem Nein . Als aber der CDU-Abgeordnete Johann Wadephul am Ende der Debatte sagte, in der Sache gebe es mit den Grünen ja im Grunde keine Differenzen, nur sei halt der Zeitpunkt ungünstig, kam es zur entscheidenden Szene: Özdemir beriet sich kurz mit seinen Parteifreunden, ging dann zu Kauder, reichte ihm die Hand und hielt sie mehr als 15 Sekunden lang fest. Unter den Augen der übrigen Abgeordneten und vor laufenden Fernsehkameras nahm der Grünen-Chef dem Vorsitzenden der Unionsfraktion das Versprechen ab, dass es noch vor der Sommerpause eine gemeinsame Resolution geben werde, in der die Verbrechen an den Armeniern als Völkermord benannt werden und sich der Bundestag zur Mitverantwortung Deutschlands bekennt. Die Grünen zogen ihren eigenen Antrag zurück.

Geschickt hatte Özdemir die Armenier-Resolution zu einer Frage des Vertrauens zwischen Union und Grünen gemacht. Damit es nach der nächsten Bundestagswahl 2017 weiterhin eine Option für Schwarz-Grün gibt, musste Kauder seine Zusage einhalten.

Getrogen hat allerdings Hoffnung, dass sich die deutsch-türkischen Beziehungen bessern würden, wenn das Flüchtlingsabkommen erst einmal unter Dach und Fach ist. Im Gegenteil: Die Affäre Böhmermann , der Streit um die Visafreiheit und Erdo#ans autoritäres Vorgehen gegen unabhängige Medien und die Opposition haben die Spannungen zwischen Berlin und Ankara noch verschärft. Merkel und Steinmeier hoffen nun, dass Erdo#ans strategisches Interesse an einer Einigung mit der EU groß genug ist, um die Resolution des Bundestags trotz einigem Theaterdonner hinzunehmen. Sollte der türkische Präsident allerdings einen Vorwand suchen, um das Flüchtlingsabkommen aufzukündigen, könnte ihm das Streitthema Armenier gerade recht kommen.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-06/armenien-resolution-voelkermord-joachim-gauck-die-gruenen>